

Gemeinsam mehr erreichen.



Bürgschaftsbank Thüringen GmbH

in Zahlen

Gründungsdatum	20. Dezember 1990 in Erfurt
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Eintragung ins Handelsregister	03. Mai 1991
Amtsgericht Jena	HRB 102250
Stammkapital 2018	EUR 12.9 Mio.
Geschaftergruppen	Kreditinstitute Industrie- und Handelskammern Handwerkskammern Steuerberaterkammer Unternehmensverbände Versicherungen
Organe	Geschafterversammlung Verwaltungsrat Bevolligungsausschuss Geschäftsführung

Bürgschaften und Garantien 2018

	Anzahl	Kredit- bzw. Beteiligungsvolumen	Bürgschafts- bzw. Garantievolumen
Bürgschafts- und Garantiebestand zum 31.12.2018	1.553	318,9 Mio. EUR	244,7 Mio. EUR
Bewilligte Bürgschaften und Garantien im Jahr 2018	160	52,9 Mio. EUR	41,5 Mio. EUR
davon Existenzgründungen	50	16,2 Mio. EUR	12,8 Mio. EUR

Start. Innovation. Zukunft.

Mit unserer Bürgerschaft sichern wir Ihr Vorhaben.

Die Gesellschafter finden Sie unter dem unten stehenden Link
oder dem QR-Code rechts:

Gesellschafterliste
<https://bb-thueringen.de/index.php/die-bbt/organe/gesellschafter>



Inhaltsverzeichnis

Lagebericht	4
Bilanz	10
Gewinn- und Verlustrechnung	12
Anhang	14
Besetzung Verwaltungsrat	20
Bewilligungsausschuss	22
Anlagespiegel	23
Bestätigungsvermerk	24
Bericht des Verwaltungsrates	27
Impressum	28

Lagebericht

1. Darstellung des Geschäftsmodells

1.1. Grundlagen der Bank

Die Bürgschaftsbank Thüringen GmbH (BBT) ist eine Fördereinrichtung der Thüringer Wirtschaft, die sich zum Ziel gesetzt hat, vielversprechenden unternehmerischen Ideen des Thüringer Mittelstandes das notwendige Start- bzw. Erweiterungskapital zu verschaffen. Dazu übernimmt sie Bürgschaften gegenüber Banken, Sparkassen und Leasinggesellschaften sowie Garantien gegenüber privaten Kapitalbeteiligungsgesellschaften für den gewerblichen Mittelstand, Freiberufler und für Agrarunternehmen. Dabei orientiert sich die BBT als Förderinstitut sowohl an finanziellen Leistungsindikatoren, wie das Neugeschäftsvolumen, das sich aus den genehmigten Bürgschaften und Garantien ergibt und den Zins- und Provisionsüberschuss, als auch an nicht-finanziellen Leistungsindikatoren, wie den mit den Bürgschaften und Garantien geschaffenen bzw. gesicherten Arbeitsplätzen, die im Genehmigungsverfahren entsprechend avisiert wurden.

1.2. Wirtschaftsbericht – Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war auch im Jahr 2018 gekennzeichnet durch ein solides Wirtschaftswachstum. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg dem Statistischen Bundesamt (Quelle: Meldung vom 15. Januar 2019) zufolge um 1,5 % (Vorjahr 2,2 %). Die Wachstumsdynamik hat sich allerdings zum Jahresende hin deutlich abgeschwächt. Positive Wirtschaftsimpul-

se kamen 2018 primär aus dem Inland: Die privaten Konsumausgaben waren im vergangenen Jahr nach vorläufigen Zahlen preisbereinigt 1,0 % höher als ein Jahr zuvor, die Ausgaben des Staates legten um 1,1 % zu. Die Bauinvestitionen stiegen um 3,0 %, die Ausrüstungsinvestitionen um 4,5 % gegenüber dem Vorjahr. Der Außenbeitrag, also die Differenz zwischen Export und Import, bremsete rechnerisch das BIP-Wachstum um 0,2 %-Punkte. Der deutsche Staat konnte nach Berechnungen der Statistiker 2018 das fünfte Jahr in Folge einen Überschuss erwirtschaften. Er betrug 1,7 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP), nach plus 1,2 % im Vorjahr und einem Plus von 0,6 % in 2016. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte im Jahresdurchschnitt 2018 mit 44,8 Millionen einen neuen Höchststand. Nach vorläufigen Berechnungen waren das 562 000 Personen oder 1,3 % mehr als im Vorjahr (Quelle: Statistisches Bundesamt). Im Freistaat Thüringen wird die Entwicklung der Wirtschaftsleistung für 2019 wiederum unter dem Bundesdurchschnitt erwartet. Nach Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik ist die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber dem Vorjahr um 0,2 % auf 1,048 Mio. gesunken (Quelle: Pressemitteilung vom 29. Januar 2019). Damit fiel die Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen das achte Jahr in Folge schwächer aus als die in Deutschland. Das Zinsumfeld wird weiterhin bestimmt von einer unveränderten Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank. Damit können die in den letzten Jahren deutlich gesunkenen Zinserträge der BBT keine signifikanten Ergebnisbeiträge mehr leisten. Die Wettbewerbs-

situation für die Bürgschaftsbank ist im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Im Mittelstandskreditgeschäft besteht ein unverändert starker Wettbewerb zwischen den Kreditinstituten, welcher erfahrungsgemäß auch oft über die Besicherung geführt wird. Die Wettbewerbsprodukte der Thüringer Aufbaubank und der Kreditanstalt für Wiederaufbau grenzen sich größtenteils durch unterschiedliche Größenklassen und Finanzierungssegmente ab.

1.3. Geschäftsverlauf der Bürgschaftsbank Thüringen GmbH

Ausgehend von einem geplanten Jahresergebnis in Höhe von TEUR 532 und einem erwarteten Neugeschäftsvolumen von EUR 42,5 Mio. hat sich folgender Geschäftsverlauf im Jahr 2018 ergeben: Eingebettet in die oben aufgeführten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen betrug das genehmigte Volumen an Bürgschaften und Garantien EUR 41,5 Mio. (Vorjahr EUR 43,1 Mio.). Insbesondere im Bereich Nachfolgefinanzierungen war eine unverändert starke Nachfrage der Unternehmer respektive der Hausbanken zu konstatieren. Im Berichtsjahr wurden 160 Bürgschaften bzw. Garantien übernommen, womit ein Investitionsvolumen von ca. EUR 112 Mio. ausgelöst und damit 340 neue Arbeitsplätze geschaffen bzw. 2.552 Arbeitsplätze gesichert wurden. Der Bestand an Bürgschaften und Garantien beläuft sich zum Jahresende 2018 auf EUR 244,7 Mio. und hat sich damit minimal gegenüber dem Vorjahr (EUR 246,2 Mio.) verringert. Insgesamt werden per Jahresultimo Bankkredite und Beteiligungen für 1.264 Unternehmen in Thüringen abgesichert. Im Rah-

men eines Geschäftsbesorgungsvertrages waren Mitarbeiter der Abteilung Beteiligungsgeschäft, der Abteilung Betriebsmanagement, des Geschäftsführungssekretariates und der Abteilung Rechnungswesen/Controlling für die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH tätig.

2. Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

2.1. Ertragslage

Das Betriebsergebnis vor Bewertung und vor Steuern in Höhe von TEUR 1.417 hat sich gegenüber dem Vorjahr (TEUR 1.384) um 2,4 % erhöht und liegt über der Planzahl für 2018 (TEUR 1.232). Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf die gestiegenen Erträge für die Geschäftsbesorgung der MBG (TEUR +113) aufgrund der seit Jahresbeginn geltenden Vertragsanpassung sowie auf die gesunkenen Sachkosten (TEUR -61) zurückzuführen. Aus der Geschäftsbesorgung der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH (MBGT) durch die BBT wurde im Geschäftsjahr ein Ertrag in Höhe von TEUR 1.100 (Vorjahr TEUR 988) erzielt. Der Zinsüberschuss beträgt fast unverändert TEUR 264. Auf eine ursprünglich angedachte Teilausschüttung aus dem Spezialfonds wurde wie im Vorjahr verzichtet. Die Erträge aus Bearbeitungsgebühren sowie Bürgschafts- und Garantiprovisionen beliefen sich im Jahr 2018 auf TEUR 3.577 (Plan: TEUR 3.467). Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr (um TEUR 141) ist insbesondere auf den geringeren Antragseingang und somit auf die rückläufigen Bearbeitungsgebühren zurückzuführen. Der Personal-

aufwand in Höhe von TEUR 2.412 ist auf Vorjahresniveau (TEUR 2.396). Im Geschäftsjahr 2018 waren neben der Geschäftsführung durchschnittlich 30 Mitarbeiter (Vorjahr 29), davon 3,0 Teilzeitkräfte und eine geringfügig Beschäftigte, angestellt. Die Verwaltungsaufwendungen betragen TEUR 1.075 (Vorjahr TEUR 1.136); der Rückgang ist hauptsächlich auf die gegenüber dem Vorjahr geringeren Kosten im Rahmen eines gemeinsamen IT-Projektes der Bürgschaftsbanken zurückzuführen. Das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft in Höhe von TEUR -707 hat sich gegenüber dem Vorjahr (TEUR -730) etwas verringert. In 2018 waren Zuführungen von Rückstellungen im Bürgschafts- und Garantiegeschäft von TEUR 3.209 (Vorjahr TEUR 3.147) zu bilden, welche durch Auflösungen in Höhe von TEUR 2.423 (Vorjahr TEUR 1.956) teilweise kompensiert werden konnten. Die erzielten Regresserlöse von TEUR 268 liegen unter dem Vorjahreswert von TEUR 358. Im Vorjahr wurden zudem Vorsorgereserven nach § 340f HGB in Höhe von TEUR 130 aufgelöst.

Mit Einzel- und Pauschalrückstellungen von insgesamt TEUR 11.851 (Vorjahr TEUR 11.649) ist für die Risiken aus dem Kreditgeschäft ausreichend Risikovorsorge getroffen worden. Die Einzelrückstellungen wurden entsprechend § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB mit ihrer durchschnittlichen Restlaufzeit zum Stichtag 31. Dezember 2018 abgezinst. Vier Wertpapiere der Liquiditätsreserve wurden zum Stichtag aufgrund von Kurschwankungen mit TEUR 72 abgeschrieben. Alle Papiere werden grundsätzlich bis zur Endfälligkeit (zum Nominalwert) gehalten. Für das Geschäftsjahr wird

ein positives Jahresergebnis von TEUR 636 ausgewiesen, welches auf Vorjahresniveau (TEUR 642) und über dem Planwert von TEUR 532 liegt. Der Jahresüberschuss wird satzungsgemäß in die Gewinnrücklage eingestellt.

2.2. Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögenslage der Bank ist durch die Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten und anderen Verpflichtungen in Höhe von EUR 293,4 Mio. (Vorjahr EUR 297,5 Mio.) gekennzeichnet. Insbesondere durch die vorzeitige Rückführung von KfW-Darlehen (EUR 2,0 Mio.), hat sich die Bilanzsumme im Berichtsjahr von EUR 61,9 Mio. auf EUR 60,5 Mio. reduziert. Die Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen sind gegenüber dem Vorjahr um EUR 2,6 Mio. gesunken. Die Bilanzsumme setzt sich auf der Aktivseite wie im Vorjahr hauptsächlich aus den Forderungen an Kreditinstitute (EUR 22,3 Mio.; Vorjahr EUR 26,4 Mio.), aus dem Spezialfonds (EUR 23,8 Mio.; Vorjahr EUR 23,8 Mio.) und aus festverzinslichen Wertpapieren (EUR 14,1 Mio.; Vorjahr EUR 11,2 Mio.) zusammen. Die Forderungen an Kreditinstitute betreffen neben täglich fälligen Forderungen (laufende Kontoführung und Tagesgelder) mit EUR 2,1 Mio. (Vorjahr EUR 3,2 Mio.) vor allem Termingeldanlagen bei einer Gesellschafterbank in Höhe von EUR 5,0 Mio. (Vorjahr EUR 8,0 Mio.) mit Restlaufzeiten bis zu sieben Jahren und Schuldscheindarlehen inländischer Kreditinstitute mit Restlaufzeiten bis zu zwei Jahren mit insgesamt EUR 15,5 Mio. (Vorjahr EUR 15,5 Mio.). Dem stehen auf der Passivseite hauptsächlich Verbindlichkeiten gegenüber der KfW

mit EUR 9,2 Mio. (Vorjahr EUR 11,2 Mio.), Rückstellungen mit EUR 13,0 Mio. (Vorjahr EUR 12,8 Mio.) und Eigenmittel von EUR 38,1 Mio. (Vorjahr EUR 37,4 Mio.) gegenüber. Im Berichtsjahr hat die Bank ein Refinanzierungsdarlehen der KfW in Höhe von TEUR 2.000 vorzeitig getilgt. Ein weiterer Betrag über TEUR 2.385 wurde im September 2018 vorzeitig gekündigt; die Rückzahlung steht im März 2019 an. Das noch im Bestand verbleibende KfW-Darlehen über TEUR 6.815 ist planmäßig zum Ende des Jahres 2023 zurückzuzahlen. Bei den Rückstellungen handelt es sich zum überwiegenden Teil um Vorsorgen für Inanspruchnahmen aus dem Bürgschafts- und Garantiegeschäft. Das „harte“ Eigenkapital wird sich nach Feststellung des Jahresabschlusses 2018 infolge Gewinnthesaurierung auf EUR 38,1 Mio. (Vorjahr EUR 37,4 Mio.) erhöhen und ist damit für die Risikotragfähigkeit der Bank sowie die Entwicklungsmöglichkeiten für die kommenden Jahre ausreichend bemessen. Die Gesamtkapitalquote nach Artikel 92 CRR lag zum Stichtag bei 65,14 % und im Berichtsjahr jederzeit deutlich über der aufsichtsrechtlich geforderten Untergrenze von 13,875 % (inklusive Kapitalerhaltungspuffer gemäß § 10 c KWG). Die Eventualverbindlichkeiten (EUR 244,7 Mio.; Vorjahr EUR 246,2 Mio.) bestehen für Bürgschaften und Garantien. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr in Höhe von EUR 1,5 Mio. ist auf (Sonder-)Tilgungen, (vorzeitige) Rückgaben bzw. Ausfälle (insgesamt EUR 43,0 Mio.) zurückzuführen, die durch das Neugeschäft in 2018 (EUR 41,5 Mio.) nicht vollständig kompensiert werden konnten. Die Finanzlage war in 2018 durch eine stets ausreichende Liquidität

gekennzeichnet. Über das Geschäftsjahr hinweg werden ausreichend hohe und kurzfristig verfügbare Bankguthaben unterhalten. Die Vorschriften der Liquiditätsverordnung werden eingehalten. Die Zahlungsbereitschaft war und ist auch zukünftig jederzeit gewährleistet. Zusammenfassend sieht die Geschäftsführung die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft unverändert als geordnet an.

3. Risikobericht

3.1. Risikomanagementsystem

Die Bürgschaftsbank Thüringen hat als Wirtschaftsförderinstitut die Aufgabe, für kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und für Angehörige der freien Berufe Hausbankkredite zu verbürgen bzw. Beteiligungen zu garantieren. Der Bund und der Freistaat Thüringen geben dafür Rückbürgschaften und Rückgarantien, um so wirtschaftliche Zielsetzungen zu fördern. Dadurch reduziert sich das Eigenrisiko der Bürgschaftsbank Thüringen auf derzeit 30 % des bewilligten Bürgschaftsvolumens. Bei Beteiligungsgarantien beträgt das Eigenrisiko 25 %. Grundlage für die Geschäftstätigkeit der Bank bildet die Geschäfts- und Risikostrategie. Ausgehend von einer Analyse der externen und internen Einflussfaktoren sowie der bestehenden Strukturen hat die Bank die Chancen und Risiken ihrer Geschäftstätigkeit analysiert. Darauf aufbauend wurden für die wesentlichen Geschäftsaktivitäten strategische Ziele festgelegt und Maßnahmen abgeleitet. Ferner erfolgen im Rahmen der Strategie eine Darstellung der wesentlichen Risiken der Bank sowie Erläuterungen

zu den wesentlichen Maßnahmen zur Steuerung und Begrenzung dieser Risiken. Für das Risikomanagement bestehen in der schriftlich fixierten Ordnung der Bank ausführliche Dokumente. Insbesondere im Risikohandbuch der Bank werden Ziele, Methoden, Verfahren, Instrumente, Verantwortlichkeiten etc. des Risikomanagements dargestellt. Die Bank hat Arbeitsabläufe installiert, die es ihr ermöglichen, Risiken frühzeitig zu erkennen, zu bewerten, abzumildern und einer ständigen Kontrolle zu unterwerfen.

3.2. Risikotragfähigkeit

Das Risikotragfähigkeitskonzept der Bank beinhaltet die gemäß aufsichtsrechtlichen Vorgaben geforderte Gegenüberstellung der potenziellen Risiken (erwartete und unerwartete Verluste) und der zur Abdeckung dieser Risiken zur Verfügung stehenden Mittel (Risikodeckungsmasse). Die Berechnung erfolgt vierteljährlich auf Basis eines Fortführungsansatzes für einen Betrachtungszeitraum von jeweils 12 Monaten. Berechnet werden ein Standardszenario und zwei Stressszenarien (historisches und hypothetisches). Zusätzlich werden einmal jährlich ein inverser Stresstest durchgeführt, bei den Entwicklungen aufgezeigt werden, die den Fortbestand der Bank nachhaltig gefährden könnten sowie die Auswirkungen eines schweren konjunkturellen Abschwungs auf die Bank betrachtet. Für die im Rahmen der Risikotragfähigkeit betrachteten Risiken werden durch die Geschäftsführung Limite festgelegt. Die Limitierung wird nur für das Standardszenario vorgenommen, da dieses zur Steuerung des laufenden Geschäfts-

betriebes dient. Mindestens einmal jährlich werden die angewandten Verfahren bzw. Methoden, einzelne Parameter und die Limite für die einzelnen Risiken in den Szenarien überprüft. Über die Ergebnisse der Berechnung der Risikotragfähigkeit werden die Geschäftsleitung und der Verwaltungsrat im vierteljährlichen Risikobericht ausführlich informiert.

3.3. Risikoarten

Grundlage für ein erfolgreiches Risikomanagement ist die systematische Erfassung und Analyse aller für die Bank wesentlichen Risiken. Gemäß der jährlich stattfindenden Risikoinventur schätzt die Bank für ihre Geschäftstätigkeit insbesondere Adressenausfall- und Marktpreisrisiken als wesentlich ein. Operationelle Risiken werden unabhängig von ihrer Risikoeinschätzung von der Bank grundsätzlich als wesentlich eingestuft.

3.3.1. Adressenausfallrisiko

Zur Begrenzung des Adressenausfallrisikos im Kreditgeschäft besteht bei Bürgschaften eine Obergrenze von EUR 1,25 Mio. und bei Garantien für Beteiligungen im Regelfall eine Obergrenze von TEUR 900 pro Kreditnehmereinheit. Daneben besteht eine ratingabhängige Begrenzung der Neukreditvergabe. Neue Engagements und Engagementausweitungen sind grundsätzlich nur bis Rating-Klasse 7 des durch die Creditreform AG entwickelten 13-stufigen VDB-Ratingsystems möglich. Nur in begründeten Ausnahmefällen ist die Ratingklasse 8 des 13-stufigen VDB-Ratingsystems zugelassen. Im Segment der Neugründungen ist in begründeten

Fällen die Risikoklasse 9 zugelassen. Die Kreditvergabe erfolgt dabei stets im Rahmen einer Einzelfallentscheidung unter Berücksichtigung der Bonität, Kreditwürdigkeit und Zukunftsaussichten der Kreditnehmer auf Basis der internen Arbeitsanweisungen zur Kreditprüfung. Die Überwachung der Adressenausfallrisiken erfolgt im Kreditgeschäft vor allem durch eine regelmäßige Überprüfung des Ratings. Dabei werden alle Engagements mit einem Eigenobligo ab TEUR 75 jährlich mit Hilfe des VDB-Ratingsystems (System der Bürgschaftsbanken) beurteilt. Engagements unterhalb der Grenze von TEUR 75 werden einmal jährlich einem Retailrating unterzogen. Das Retailrating basiert auf Score-Werten der Creditreform Rating AG, welche durch das VDB-Rating zu einem eigenständigen Rating innerhalb des VDB-Ratingsystems verarbeitet werden. Bestandsengagements mit akuten Ausfallrisiken werden in die Abteilung Forderungsmanagement übergeben und dort gesondert überwacht. Adressenausfallrisiken der Bürgschaftsbank im Bürgschafts- und Garantiegeschäft werden durch Einzel- und Pauschalwertrückstellungen in ausreichendem Umfang abgesichert. Signifikante Branchenrisiken bestehen aufgrund des breit diversifizierten Kreditgeschäftes der BBT nicht; im Rahmen der quartalsweisen Risikoberichterstattung werden diese jedoch laufend überwacht. Aus diesem Grund sowie unter dem Aspekt der für alle mittelständischen Unternehmen und Angehörige der Freien Berufe jederzeit zugänglichen Förderbank verzichtet die BBT auf eine über die oben beschriebene Limitierung der Adressenausfallri-

siken hinausgehende Steuerung nach Branchenschwerpunkten, geografischer Streuung oder Größenklassen.

Grundlage für die Ermittlung der potenziellen Adressenausfallrisiken für das Bürgschafts- und Garantiegeschäft sind portfoliobezogene Ausfallwahrscheinlichkeiten und Zuführungen zu Einzelrückstellungen der Vorjahre sowie die aus den Vorjahresdaten ermittelten Anpassungsfaktoren für die Ausfallwahrscheinlichkeiten des VDB-Ratings. Aus der Multiplikation von modifizierter Ausfallwahrscheinlichkeit je Ratingklasse und dem Eigenobligo ergibt sich der erwartete Verlust.

Zur Bestimmung des unerwarteten Verlustes greift die Bank auf die Methodik des Gordy-Modells (Ein-Faktor-Modell) zurück und verwendet Kalibrierungsfaktoren, die aus der Gordy-Formel für das Mengengeschäft nach den Vorgaben der CRR abgeleitet werden. Dabei wird zu jedem Stichtag ein Konzentrationsmaß für das gesamte Portfolio ermittelt und ein Konfidenzniveau von 95 % unterstellt. Der so ermittelte erwartete und unerwartete Verlust fließt unter Berücksichtigung einer für die Bank ermittelten LGD als Risiko in das Standardszenario ein. Zur Minimierung der Adressenausfallrisiken im Anlagegeschäft sind Festlegungen in der Anlagestrategie der Bank getroffen worden. Geld- und Kapitalmarktgeschäfte dürfen ausschließlich im „Investment-Grade“ Bereich (Moody's bis Baa 3, Standard & Poors bis BBB-) getätigt werden. Anlagen in Tages- und Termingelder bzw. in Wertpapiere dürfen nur im Rahmen der durch die Geschäftsführung festgelegten Emittenten- und Kontrahentengrenzen erfolgen. Den erwarteten Verlust

aus den Adressenausfallrisiken im Anlagegeschäft ermittelt die Bank im Standardszenario anhand der durch externe Ratings ermittelten Ausfallwahrscheinlichkeiten unter Berücksichtigung von Migrationsbewegungen in schlechtere Ratingklassen. Darüber hinaus wird der unerwartete Verlust durch den Ausfall einer Adresse mit einer LGD von 45 % berücksichtigt. Darüber hinaus werden sowohl die Adressen aus dem Bürgschafts- und Garantiegeschäft als auch die Adressen im Anlagegeschäft historischen und hypothetischen Stresstests mit deutlich verschärften Parametern und Ausfallsimulationen unterzogen. Hinsichtlich der Risikotragfähigkeit wurde das Limit für Adressenausfallrisiken im Standardszenario gegenüber dem Vorjahr von TEUR 5.750 auf TEUR 6.250 angehoben. Gründe hierfür sind die höheren Eigenobligen der Bank infolge der geringeren Rückbürgen- bzw. Rückgarantiequoten durch Bund und Land und die in einigen Risikoklassen angepassten Ausfallwahrscheinlichkeiten aufgrund der erfolgten Validierung des VDB-Ratingsystems. Das Limit war zum Bilanzstichtag mit TEUR 5.417 zu 86,7 % ausgelastet (Vorjahr: TEUR 4.913 zu 85,4 %).

3.3.2. Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken bestehen für die Bank grundsätzlich von den von ihr getätigten Anlagen im Eigenbestand und im Spezialfonds. Dabei ist sichergestellt, dass Eigenhandelsgeschäfte nur im Rahmen klar definierter Rahmenbedingungen und Kompetenzregelungen getätigt werden. Für den Fonds besteht eine separate Anlagestrategie („Anlage-richtlinien“), die regelmäßig überprüft und mit dem Fondsmanagement abge-

stimmt wird. Potenzielle Verlustrisiken aus Zins-, Spread- und Kursänderungen werden unter Verwendung anerkannter Veränderungsannahmen mindestens vierteljährlich analysiert. Die Quantifizierung erfolgt mittels einem auf historischer Simulation basierendem Verfahren gemäß unseren Vorgaben mit einem Konfidenzniveau von 95 % im Standardszenario. Darüber hinaus werden die Anlagen historischen und hypothetischen Stresstests unterzogen. Für die Zwecke der Risikotragfähigkeit wurde das Limit für die Marktpreisrisiken im Standardszenario aufgrund der im Berichtsjahr erfolgten Umschichtung von endfälligen Festgeldern in festverzinsliche Wertpapiere mit längerfristigen Laufzeiten von TEUR 5.250 auf TEUR 5.750 erhöht. Das Limit ist zum Bilanzstichtag mit TEUR 4.208 zu 73,2 % ausgelastet (Vorjahr: TEUR 4.422 zu 88,4 %).

3.3.3. Operationelle Risiken

Zur Erfassung der operationellen Risiken, das heißt die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten, nutzt die Bank eine Schadensfalldatenbank, in welcher alle Schadensfälle ab einer Bruttoschadenshöhe von TEUR 5 erfasst, analysiert und gegebenenfalls Steuerungsmaßnahmen ergriffen werden. Anzahl und Umfang der bisher registrierten Schadensfälle sind gering. Im Berichtsjahr wurden keine Schäden gemeldet. Im Rahmen der Risikotragfähigkeit wurde für die operationellen Risiken im Standardszenario vereinfacht ein Pauschalwert von TEUR 500 (Vorjahr

TEUR 500) festgesetzt, welcher zugleich als Limit fungiert.

3.3.4. Liquiditätsrisiken

Da die eingegangenen Bürgschafts- und Garantiegeschäfte der Bank Eventualverbindlichkeiten sind, die grundsätzlich keine Liquidität oder Refinanzierung benötigen, wird das Liquiditätsrisiko als nicht wesentlich für die BBT eingeschätzt und daher nicht in die Risikotragfähigkeitsberechnung einbezogen. Eine angemessene Berücksichtigung in den Risikocontrolling- und Steuerungsprozessen der Bank ist gewährleistet. Dem Risiko unerwarteter Liquiditätsabflüsse durch erhöhte Bürgschafts- bzw. Garantie-inanspruchnahmen wird dadurch Rechnung getragen, dass jederzeit eine freie Mindestliquidität in Höhe von EUR 1 Mio. in Form von Sichtguthaben bzw. Tagesgeldern vorzuhalten ist. Darüber hinaus erstellt die Bank vierteljährlich eine detaillierte Liquiditätsplanung inklusive Stresstest auf monatlicher Basis für einen rollierenden Betrachtungszeitraum über 12 Monate. Der Bestand an liquiden Mitteln betrug zum Bilanzstichtag EUR 2,1 Mio. Darüber hinaus verfügt die Bank über Termingelder in Höhe von EUR 5,0 Mio. Als Liquiditätsreserve wurden zudem der Spezialfonds über EUR 24,8 Mio. (Buchwert) und fünf Wertpapiere über nom. EUR 6,5 Mio. definiert. Die Notwendigkeit zur Nutzung dieser Liquiditätsreserve ist aus der derzeitigen Geschäftsentwicklung nicht zu erkennen.

3.4. Zusammenfassung

Die von der Bank verwendeten Verfahren zur Messung und Steuerung der Risiken sind angemessen auf den

Geschäftsbetrieb der Bank sowie Art und Komplexität der Geschäfte ausgerichtet. Die Risikotragfähigkeit war im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Die Berechnung der Risikotragfähigkeit ergab zum Bilanzstichtag eine Auslastung des Gesamtkreditlimits von TEUR 12.500 (Vorjahr TEUR 11.500) im Standardszenario mit 81,0 % (Vorjahr 86,4 %).

4. Chancen- und Prognosebericht

Das im Prognosebericht zum Jahresabschluss 2017 geplante Neugeschäft für 2018 konnte nahezu erreicht werden. Die prognostizierten Rückgänge bei den Provisionserträgen sind nicht so stark wie erwartet eingetreten. Viele Indikatoren signalisieren eine abgeschwächte wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und Thüringen im Jahr 2019. Die Bundesregierung rechnet mit einem Wirtschaftswachstum von 1,0 % (Quelle: Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung vom 30.01.2019).

Aufgrund der vorgenannten konjunkturellen Situation ist für Thüringen von einer leichten Steigerung der Investitionen und demzufolge der gewerblichen Kreditvergabe auszugehen. Dem gegenüber erwarten wir einen anhaltenden starken Wettbewerb zwischen den Finanzinstituten, welcher negative Auswirkung auf die Nutzung unserer Bürgschaftsangebote haben könnte.

Hinsichtlich des niedrigen Zinsniveaus am Geld- und Kapitalmarkt wird nicht mit signifikanten Änderungen gerechnet. Dies vorausgeschickt weist der Geschäftsplan bei dem bewilligten Bürgschafts- und Garantienneugeschäft für 2019 einen Betrag von EUR 42,5 Mio.

aus, wodurch erwartete Tilgungen, Rückgaben und Ausfälle von Bürgschaften- und Garantien in Höhe von EUR 46,0 Mio. nicht vollständig kompensiert werden können. Es wird in 2019 von gleichbleibenden Provisionserträgen aus dem Bürgschafts- und Garantienneugeschäft, einem steigenden Ertrag aus dem Geschäftsbesorgungsentgelt der MBGT sowie von unverändert niedrigen Zinserträgen aus der Anlage von Eigenmitteln aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase ausgegangen.

Wie in den Vorjahren wurde für 2019 zunächst eine Teilausschüttung aus dem Spezialfonds eingeplant. Die Personalkosten werden sich infolge erwarteter Tarifanpassungen erhöhen. Bei den Sachkosten wird ebenfalls ein leichter Anstieg erwartet; Grund hierfür sind vor allem steigende Kosten für IT-Projekte der Bürgschaftsbanken. Die Situation bei der Risikovorsorge wird unverändert erwartet, muss aufgrund der abgeschwächten konjunkturellen Lage jedoch genau beobachtet werden.

Insgesamt wird für 2019 mit einem Ergebnis über dem Vorjahresniveau gerechnet. Die Geschäftsführung sieht gute Chancen, auch in den nächsten drei Geschäftsjahren, bei stabiler Vermögens- und Finanzlage, positive Ergebnisse erzielen zu können und ein zuverlässiger Risikopartner der Wirtschaft im Freistaat Thüringen zu sein. Auch für die Bürgschaftsbank sind die unter den Stichworten BASEL III und SREP (Supervisory Review and Evaluation Process) summierten Anforderungen an das Eigenkapital von erheblicher Bedeutung. Die Eigenkapitalausstattung der Bank ist für die erhöhten Anforderungen ausreichend bemessen. Durch Beteiligung

an einem IT-Projekt in Zusammenarbeit mit den anderen Bürgschaftsbanken wird die Bank ihre IT-Serviceprozesse und IT-Anwendungslandschaft erneuern und harmonisieren. Ziel im Zuge der Digitalisierung sowie steigender regulatorischer Anforderungen ist es, sich zukunftsfähig und effizient aufzustellen. Durch die Rückbürgschafts-/Rückgarantieerklärungen von Bund und Land für den Zeitraum vom 01.01.2018 bis 31.12.2022 ist die entscheidende Grundlage für unsere Fördertätigkeit in den nächsten Jahren gegeben.

Wesentliche Risiken für die weitere Geschäftsentwicklung der BBT werden derzeit nicht gesehen. Die Bürgschaftsbank Thüringen unterstützt auch in Zukunft kleine und mittlere Unternehmen sowie Angehörige der freien Berufe bei der Finanzierung erfolgversprechender Vorhaben und leistet so ihren Beitrag zur wirtschaftlichen Stärkung Thüringens. Für die gute Zusammenarbeit bedanken wir uns bei unseren Kunden und Geschäftspartnern, Gesellschaftern, den zuständigen Vertretern des Landes und des Bundes sowie unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit ihrem Engagement und lösungsorientierten Handeln einen wesentlichen Beitrag für die gute Geschäftsentwicklung der BBT im Jahr 2018 geleistet haben.

Erfurt, 22. März 2019

Bürgschaftsbank Thüringen GmbH


Michael Burchardt


Stefan Schneider

Bilanz

zum 31.12.2018

Aktiva	31.12.2018	31.12.2017
	EUR	EUR
1. Barreserve		
a) Kassenbestand	1.676,68	1.194,02
2. Forderungen an Kreditinstitute		
a) täglich fällig	2.109.327,69	3.221.560,70
b) andere Forderungen	20.159.282,08	23.189.743,74
	22.268.609,77	26.411.304,44
3. Forderungen an Kunden	75.713,95	284.443,87
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
a) Anleihen und Schuldverschreibungen		
aa) von öffentlichen Emittenten	0,00	0,00
ab) von anderen Emittenten	14.123.742,81	11.205.587,34
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR 14.123.742,81 (Vorjahr EUR 11.205.587,34)		
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	23.771.131,88	23.771.131,88
6. Beteiligungen	56.629,19	56.629,19
7. Immaterielle Anlagewerte		
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	335,78	2.941,01
8. Sachanlagen	59.278,39	76.666,06
9. Sonstige Vermögensgegenstände	163.720,71	138.165,88
Summe der Aktiva	60.520.839,16	61.948.063,69

Passiva		31.12.2018	31.12.2017
		EUR	EUR
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
a)	mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	9.200.000,00	11.200.000,00
2.	Sonstige Verbindlichkeiten	233.131,97	523.739,08
3.	Rechnungsabgrenzungsposten	3.066,00	6.248,79
4.	Rückstellungen		
a)	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	869.210,00	829.307,00
b)	andere Rückstellungen	12.133.268,85	11.942.821,34
		13.002.478,85	12.772.128,34
5.	Fonds für allgemeine Bankrisiken	11.500.000,00	11.500.000,00
6.	Eigenkapital		
a)	Gezeichnetes Kapital	12.946.300,00	12.946.300,00
b)	Gewinnrücklagen		
ba)	satzungsmäßige Rücklagen	13.635.862,34	12.999.647,48
c)	Bilanzgewinn	0,00	0,00
		26.582.162,34	25.945.947,48
	Summe der Passiva	60.520.839,16	61.948.063,69
1.	Eventualverbindlichkeiten Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	214.295.461,57	218.773.217,45
2.	Andere Verpflichtungen Unwiderrufliche Kreditzusagen	18.598.869,93	16.742.857,16

Gewinn- und Verlustrechnung

01.01.2018 bis 31.12.2018

Aufwendungen		2018	2017
		EUR	EUR
1.	Zinsaufwendungen	161.652,26	170.628,69
2.	Provisionsaufwendungen	7.161,34	7.253,46
3.	Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		
a)	Personalaufwand		
aa)	Löhne und Gehälter	1.963.984,73	1.976.834,54
ab)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung EUR 128.175,29 (Vorjahr EUR 96.874,60)	448.166,30	419.228,97
b)	andere Verwaltungsaufwendungen	1.075.499,51	1.135.672,62
		3.487.650,54	3.531.736,13
4.	Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	22.412,83	31.760,47
5.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	85.719,17	79.585,03
6.	Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	778.224,84	730.560,49
7.	Sonstige Steuern, soweit nicht unter sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen	1.870,00	11.907,00
8.	Jahresüberschuss	636.214,86	642.084,49
	Summe der Aufwendungen	5.180.905,84	5.205.515,76

1.	Jahresüberschuss	636.214,86	642.084,49
2.	Einstellungen in satzungsmäßige Rücklagen	-636.214,86	-642.084,49
3.	Bilanzgewinn	0,00	0,00

Anhang

I. Allgemeine Angaben und Erläuterungen

Die Bürgschaftsbank Thüringen GmbH (BBT) hat ihren Sitz in Erfurt und ist eingetragen in das Handelsregister beim Amtsgericht Jena (HRB 102250).

Die BBT gehört zu den Kreditinstituten, die Bankgeschäfte gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 8 KWG betreiben.

Die Erstellung des Jahresabschlusses erfolgte unter Beachtung der allgemeinen Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der besonderen Vorschriften des HGB für Kreditinstitute (§§ 340 ff. HGB) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV). Für die Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde die Kontoform gewählt.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Barreserve ist mit dem Nennwert angesetzt. Die Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sind mit dem Nennwert angesetzt. Der Posten „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ beinhaltet neben Wertpapieren, die der Liquiditätsreserve zugeordnet wurden und nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet werden, auch Schuldverschreibungen, die dem Anlagebestand zugeordnet sind. Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden bei aktiven Märkten mit dem Börsenkurs zum Bilanzstichtag bewertet. Dies entspricht dem beizulegenden Wert. Wertpapiere

des Anlagevermögens sind mit ihrem jeweiligen Nominalwert bzw. Kaufkurs (sofern unter pari erworben) bilanziert. Im Berichtsjahr erfolgten keine Abschreibungen. Der Posten „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ beinhaltet den Spezialfonds, der der Liquiditätsreserve zugeordnet ist und wie Umlaufvermögen behandelt wird. Es ist zu Anschaffungskosten angesetzt und nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Dabei werden die von der Depotbank bzw. Kapitalanlagegesellschaft zur Verfügung gestellten Bewertungen bzw. Anteilswerte des Investmentfonds zum Bilanzstichtag herangezogen. Die Bewertung der Beteiligungen erfolgt zu Anschaffungskosten. Die Immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen sind zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, aktiviert. Die Abschreibungen werden linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer, die sich an den von der Finanzverwaltung veröffentlichten Abschreibungstabellen orientiert, vorgenommen. Die im Geschäftsjahr zugegangenen Sachanlagen wurden pro rata temporis abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben. Die in den sonstigen Vermögensgegenständen enthaltenen Forderungen sind zum Nennwert angesetzt. Die Verbindlichkeiten sind mit dem jeweiligen Erfüllungsbetrag passiviert. Die Rückstellungen tragen allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen Rechnung und sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung ausreichend bemessen. Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der „Richttafeln 2018 G“ (Prof.

Dr. Klaus Heubeck) zugrunde. Die Verpflichtungen werden mittels Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) angesetzt. Der bei der Abzinsung der Pensionsrückstellungen angewendete Zinssatz von 3,21 % wurde unter Inanspruchnahme der Vereinfachungsregel nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren festgelegt. Bei der Bewertung werden Trendannahmen für die relevanten Größen, die sich auf die Leistungshöhe auswirken, berücksichtigt. So wurde für den Rententrend 2 % p.a. berücksichtigt. Der Anwartstrend beträgt 0 % p.a., da der Begünstigte bereits aus der Bank ausgeschieden ist. Allen erkennbaren Risiken aus dem Bürgschafts- und Garantiegeschäft wird durch die Bildung von Einzelrückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Im Berichtsjahr wurden Einzelrückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem ihrer durchschnittlichen Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst. Das latente Risiko aus dem Bürgschafts- und Garantiegeschäft wird durch Pauschalrückstellungen abgedeckt. Die Bank ermittelt das latente Risiko unter Verwendung des Ratingsystems auf Basis der dort hinterlegten Ein-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten und der Eigenrisiken im Kreditbestand. Die zinsbezogenen Finanzinstrumente des Bankbuches werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 verlustfrei bewertet. Die Bank hat zur Ermittlung einer möglichen Drohverlustrückstellung gemäß § 340a i.V.m. § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB die

barwertige Betrachtungsweise angewendet. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31. Dezember 2018 war keine Rückstellung zu bilden. Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wurde nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute gebildet. Das Eigenkapital ist mit dem Nennbetrag angesetzt. Unter den Eventualverbindlichkeiten werden Verpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien mit den valutierenden Beträgen abzüglich gebildeter Einzel- und Pauschalrückstellungen zum Bilanzstichtag ausgewiesen. Unter den anderen Verpflichtungen werden Verpflichtungen aus unwiderruflichen Bürgschafts- und Garantiezusagen ausgewiesen. Der Jahresabschluss wurde unter Berücksichtigung der vollständigen Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt.

Unter **Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (TEUR 14.124; Vorjahr TEUR 11.206)** werden neun Inhaberschuldverschreibungen von inländischen Kreditinstituten einschließlich abgegrenzter Zinsen ausgewiesen. Die Wertpapiere sind börsenfähig und börsennotiert. Vier Inhaberhaberschuldverschreibungen dienen als Liquiditätsreserve. Aufgrund der Anwendung des strengen Niederstwertprinzips erfolgten zum Bilanzstichtag Abschreibungen in Höhe von TEUR 72. Alle anderen Papiere sind dem Anlagebestand zugeordnet. In 2019 sind drei Inhaberschuldverschreibungen

III. Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

Von den **Forderungen an Kreditinstitute (TEUR 22.269; Vorjahr TEUR 26.411)** bestehen **TEUR 14.040** an Banken, die Gesellschaftsanteile an der BBT halten. Bei den Schuldnern handelt es sich um inländische Kreditinstitute. Die **täglich fälligen Forderungen an Kreditinstitute (TEUR 2.109; Vorjahr TEUR 3.222)** enthalten Sichteinlagen und Tagesgelder. Die **anderen Forderungen an Kreditinstitute (TEUR 20.159; Vorjahr TEUR 23.190)** beinhalten Festgeldanlagen sowie Schuldscheindarlehen einschließlich der abgegrenzten Zinsen. Die Restlaufzeiten gliedern sich wie folgt auf:

Andere Forderungen an Kreditinstitute

	2018	2017
Restlaufzeiten	TEUR	TEUR
bis 3 Monate	0	0
mehr als 3 Monate bis ein 1 Jahr	2.941	7.864
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	13.727	15.236
mehr als 5 Jahre	3.432	0

über nom. TEUR 4.600 fällig. Die **Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (TEUR 23.771; Vorjahr TEUR 23.771)** betreffen ausschließlich den für die BBT aufgelegten und durch die Universal-Investment-Gesellschaft mbH verwalteten Spezialfonds, der der Liquiditätsreserve zugeordnet ist. Der Anlageschwerpunkt des Spezialfonds liegt auf festverzinslichen Wertpapieren (Rentenpapiere) von bonitätsseitig einwandfreien Emittenten (überwiegend Bund bzw. deutsche Bundesländer). Gemäß den vorgegebenen Anlage Richtlinien dürfen Aktien (nur DAX- und MDAX-Werte) bis max. 25 % - unter Hin-

Anteilige Zinsen (TEUR 59), die erst nach dem Bilanzstichtag fällig werden, wurden nicht nach den Restlaufzeiten gegliedert. Die **Forderungen an Kunden (TEUR 76; Vorjahr TEUR 284)** betreffen Forderungen an die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH aus verauslagten Kosten und Bearbeitungsgebühren, Entgeltforderungen aus den Mitarbeiterbeteiligungsgarantien sowie Forderungen aus Provisionen und Bearbeitungsgebühren an Bürgschaftsnehmer; alle Forderungen haben eine Laufzeit unter drei Monaten. Im Berichtsjahr waren Abschreibungen auf Forderungen an Kunden in Höhe von TEUR 2 erforderlich.

zurechnung der Unternehmensanleihen max. 35% des Fondsvolumens zur Nutzung von besseren Renditechancen beigemischt werden. Eine Ausschüttung für den Fonds wurde in 2018 nicht vorgenommen. Der Wert des Spezialfonds betrug zum 31. Dezember 2018 TEUR 32.860; die Kurswertreserven betragen zum Bilanzstichtag TEUR 8.019 (Vorjahr: TEUR 9.595). Die Rückgabe von Fondsanteilen unterliegt keinen Beschränkungen. Die Fondsanteile des BBT-Universal-Fonds sind nicht börsenfähig. Die **Beteiligungen (TEUR 57; Vorjahr 57)** sind unverändert. Die BBT hält an der Mittelständischen Beteiligungsgesell-

schaft Thüringen mbH (MBGT) mit Sitz in Erfurt einen Anteil von TEUR 51, dies entspricht einem Anteilsbesitz von 0,51 %. Die MBGT wird vollumfänglich durch die BBT geschäftsbesorgt. Das Eigenkapital der MBGT beträgt zum 31.12.2017 TEUR 24.944, das Jahresergebnis 2017 TEUR 1.214. Die BBT hält zudem einen Anteil von TEUR 6 an der Bundeskreditgarantiegemeinschaft des Handwerks GmbH (BKGG) mit Sitz in Berlin, dies entspricht einem Anteilsbesitz von 1,66 %. Die Beteiligung an der BKGG dient vordergründig zur Erfüllung der Aufgaben einer Bürgschaftsbank (Fördergedanke) und damit einem langfristigen strategischen Zweck.

Bei den **Immateriellen Anlagewerten (EUR 335,78; Vorjahr TEUR 3)** handelt es sich um entgeltlich erworbene Software. Unter den **Sachanlagen (TEUR 59; Vorjahr TEUR 77)** werden Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung und Hardwarekomponenten ausgewiesen. Die **Entwicklung des Anlagevermögens** im Berichtsjahr ist aus dem Anlagespiegel (Anlage zum Anhang) ersichtlich. Die **sonstigen Vermögensgegenstände (TEUR 164; Vorjahr TEUR 138)** beinhalten den Aktivwert aus einer Rückdeckungsversicherung (TEUR 134) für eine Pensionszusage der Bank und Forderungen an das Finanzamt (TEUR 30). Eine Verrechnung der Rückdeckungsversicherung mit der Pensionsrückstellung wurde nicht vorgenommen, da die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 HGB nicht vorliegen.

Passiva

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (TEUR 9.200; Vorjahr TEUR 11.200)** betreffen ausschließlich Darle-

hen gegenüber der KfW. Die Restlaufzeiten gliedern sich wie folgt auf:

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Restlaufzeiten	2018 TEUR	2017 TEUR
bis 3 Monate	2.385	0
mehr als 3 Monate bis ein 1 Jahr	0	2.000
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	6.815	2.385
mehr als 5 Jahre	0	6.815

Die **sonstigen Verbindlichkeiten (TEUR 233; Vorjahr TEUR 524)** enthalten im Wesentlichen eingegangene Regresszahlungen zur Weiterleitung an die Rückbürgen (TEUR 127), Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen mit Restlaufzeiten bis zu drei Monaten (TEUR 63) und Verbindlichkeiten aus Lohn- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag (TEUR 32). Den **Pensionsrückstellungen (TEUR 869; Vorjahr TEUR 829)** liegen individuelle Einzelverträge zugrunde. Der bei der Abzinsung der Pensionsrückstellungen angewandte Zinssatz von 3,21 % wurde unter Inanspruchnahme der Vereinfachungsregel nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre (im Vorjahr 3,68) festgelegt. Die Differenz zum Erfüllungsbetrag, die sich unter Anwendung des durchschnittlichen Marktzinses der vergangenen sieben Geschäftsjahre von 2,32 % ergibt, beträgt TEUR 97 und unterliegt einer Ausschüttungssperre. Die **anderen Rückstellungen (TEUR 12.133; Vorjahr TEUR 11.943)** betreffen mit TEUR 11.851 hauptsächlich Einzel- und Pauschalrückstellungen für die Risikovorsorge bei Bürgschaften und Garantien. Darüber

hinaus bestehen Rückstellungen für Personalvergütungen, für Kosten für die

Jahresabschlussprüfung, für den zu veröffentlichenden Geschäftsbericht, für Beiträge zur Berufsgenossenschaft, für erwartete Kosten aus Vertragsabrechnungen sowie für Archivierungskosten. Der **Fonds für allgemeine Bankrisiken** beträgt unverändert TEUR 11.500 (**Vorjahr TEUR 11.500**).

Das **Stammkapital** beträgt per 31. Dezember 2018 EUR 12,9 Mio.; es ist voll eingezahlt. Der für das Geschäftsjahr 2018 ausgewiesene Jahresüberschuss von TEUR 636 wurde gemäß Gesellschaftsvertrag in die **Satzungsmäßige Rücklage** eingestellt und erhöht diese auf TEUR 13.636.

Angaben unter dem Bilanzstrich

Die unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Haftungsverhältnisse betreffen Bürgschafts- und Garantieübernahmen für kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und für Angehörige der freien Berufe. Die Risiken wurden im Zuge von Einzelbewertungen der Bonität dieser Kunden beurteilt. Die ausgewiesenen Beträge zeigen nicht die zukünftig aus diesen Verträgen zu erwartenden tatsächlichen Zahlungsströme, da die überwiegende Anzahl der **Eventualverbindlichkeiten** und anderen Verpflichtungen nach unserer

Einschätzung ohne Inanspruchnahme auslaufen wird. Bei den ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten handelt es sich um die im Rahmen des Geschäftszweckes übernommenen Kreditbürgschaften und Garantien. Für die Eventualverbindlichkeiten und unwiderprüflichen Kreditzusagen bestehen Rückbürgschaften und Rückgarantien des Bundes und des Freistaates Thüringen. Der Gesamtbetrag der am Bilanzstichtag ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten beträgt nach Abzug der Einzel- und Pauschalrückstellungen TEUR 214.295 (Vorjahr TEUR 218.773); dafür bestehen Rückbürgschaften und –garantien des Bundes und des Freistaates Thüringen in Höhe von TEUR 173.541 (Vorjahr TEUR 179.126).

Die **unwiderrüflichen Kreditzusagen** (TEUR 18.599; Vorjahr TEUR 16.743) beinhalten zum Bilanzstichtag nicht valutierende Bürgschaften und Garantien, für die die Urkunden bereits herausgelegt wurden, für die aber von den Hausbanken noch keine Vertragsabschlussbestätigung abgegeben wurde. Für die Bürgschaften und Garantien bestehen Rückbürgschaften und –garantien des Bundes und des Freistaates Thüringen in Höhe von TEUR 13.200 (Vorjahr TEUR 11.833).

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

In den **Zinsaufwendungen** (TEUR 162; Vorjahr TEUR 171) sind neben den Zinsen für die Darlehen der KfW (TEUR 50) auch die Zinsaufwendungen aus der zum Bilanzstichtag ermittelten Aufzinsung von Einzel- und Pauschalrückstel-

lungen für das Kreditgeschäft (insgesamt TEUR 112) enthalten.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** (TEUR 86; Vorjahr TEUR 80) betreffen im Wesentlichen die Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung für die Pensionsrückstellungen (TEUR 30) und nichtabzugsfähige Vorsteuer (TEUR 21). Von den **Zinserträgen** (TEUR 426; Vorjahr TEUR 431) entfallen TEUR 210 auf Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften und TEUR 216 auf Zinserträge aus festverzinslichen Wertpapieren.

Die **Provisionserträge** (TEUR 3.577; Vorjahr TEUR 3.718) beinhalten mit TEUR 3.167 Bürgschafts- bzw. Garantieprovisionen und mit TEUR 410 Bearbeitungsgebühren. In den **sonstigen betrieblichen Erträgen** (TEUR 1.178; TEUR 1.056) ist hauptsächlich die Vergütung, die die Bank für die Geschäftsbesorgung der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Thüringen mbH, Erfurt, für 2018 erhalten hat (TEUR 1.100; Vorjahr TEUR 988), enthalten.

V. Sonstige Pflichtangaben

Die BBT bearbeitet und verwaltet Garantien des Freistaates Thüringen für Mitarbeiterbeteiligungen von insgesamt TEUR 604 (Vorjahr EUR 1,0 Mio.).

Des Weiteren verwaltet die BBT als Dienstleistung für Bund und Land, KfW und im eigenen Interesse Regressforderungen aus abgerechneten Bürgschaften und Garantien von insgesamt EUR 133,6 Mio. (Vorjahr EUR 142,7 Mio.) sowie aus Mitarbeiterbeteiligungsgarantien von insgesamt EUR 2,0 Mio. (Vorjahr EUR 2,0 Mio.). Die Forderungen an und aus eingegangenen Haftungsverhält-

nissen betragen für ein Mitglied des Verwaltungsrates TEUR 170 (eine Bürgschaft). Im Durchschnitt des Geschäftsjahres 2018 waren - ohne Geschäftsführung – 30 Mitarbeiter (davon drei Teilzeitkräfte, eine geringfügig Beschäftigte und eine Mitarbeiterin im Mutterschutz/Elternzeit) beschäftigt.

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beträgt für

- › Abschlussprüfungsleistungen TEUR 55,
- › sonstige Leistungen TEUR 8.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen resultieren in Höhe von TEUR 733 aus langfristig abgeschlossenen Mietverträgen für die Geschäftsräume der BBT mit Laufzeiten bis März 2022.

VI. Organe der Gesellschaft

a) Geschäftsführung

Die Geschäftsführung bestand im Berichtsjahr aus

Dipl.-oec. Michael Burchardt, Erfurt und Dipl.-Betriebswirt Stefan Schneider, Hofheim am Taunus.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet. Für Pensionsverpflichtungen früherer Mitglieder der Geschäftsführung und ihrer Hinterbliebenen sind zum Bilanzstichtag insgesamt TEUR 639 zurückgestellt; die laufenden Bezüge für diese betragen TEUR 25.

b) Verwaltungsrat

Die ordentlichen Mitglieder und ihre Stellvertreter sind in der Anlage zum Anhang benannt.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhielten in 2018 Aufwandsentschädigungen in Höhe von TEUR 6.

c) Bewilligungsausschuss

In der Bank besteht ein Bewilligungsausschuss, der sich aus neun ordentlichen Mitgliedern mit jeweils einem 1. und 2. Stellvertreter – bis auf die zwei namentlich nicht benannten Mitglieder (je eines) vom Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft und vom Thüringer Finanzministerium - zusammensetzt (siehe Anlagen zum Anhang). Die Tätigkeit im Bewilligungsausschuss ist ehrenamtlich. Die Mitglieder erhalten eine vom Verwaltungsrat festgesetzte pauschale Aufwandsentschädigung sowie eine Fahrtkostenerstattung.

Im Berichtsjahr erhielten die Mitglieder des Bewilligungsausschusses Aufwandsentschädigungen in Höhe von insgesamt TEUR 8 und Fahrtkostenerstattungen in Höhe von insgesamt TEUR 2.

VII. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind und nennenswerte Auswirkungen auf die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der Bank haben, liegen nicht vor.

Bürgschaftsbank Thüringen GmbH
Erfurt, 22. März 2019

Michael Burchardt Stefan Schneider

Anlage zum Anhang

Besetzung des Verwaltungsrates

01.01.2018 bis 31.12.2018

Ordentliche Mitglieder

Hans-Georg Dorst (Vorsitzender)

stellv. Vorstandsvorsitzender
der Sparkasse Mittelthüringen, Erfurt

Thomas Malcherek (stellv. Vorsitzender)

Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Erfurt,
Erfurt

Oskar Dieter Epp

Vorstandsvorsitzender der Volksbank eG
Gera-Jena-Rudolstadt, Jena

Prof. Gerald Grusser

Hauptgeschäftsführer der Industrie- und
Handelskammer Erfurt, Erfurt

Wilfried Hild

stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Verbandes der
Wirtschaft Thüringens e.V., Erfurt (bis 23.05.2018)

Dr. Harald Bruhn

Referent Verwaltung und Verbandsorganisation des Verban-
des der Wirtschaft Thüringens e.V., Erfurt (ab 23.05.2018)

Olaf Horn

Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur,
Apolda

Dr. Thomas Könnecke

Präsident des Landesverbandes für Groß-/Außenhandel
und Dienstleistungen Thüringen e.V., Erfurt

Stellvertreter

Carsten Sprenger

Vorstandsmitglied der Kreissparkasse
Saalfeld-Rudolstadt, Saalfeld

Carsten Bonß

Abteilungsleiter Betriebsberatung der
Handwerkskammer Südthüringen, Suhl

Manfred Roth

Vorstandsvorsitzender der VR Bank Weimar eG,
Weimar

Almut Weinert

Leiterin des Geschäftsbereiches Wirtschaft und
Technologie der Industrie- und Handelskammer Ostthüringen
zu Gera, Gera (bis 23.05.2018)

Dr. Ralf Pieterwas

Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer
Südthüringen, Suhl (ab 23.05.2018)

Dr. Herbert Becherer

Präsident der Steuerberaterkammer Thüringen, Gotha

Hans-Joachim Reiml

Geschäftsführer der Handwerkskammer für Ostthüringen,
Gera (bis 23.05.2018)

Frank Hohle

stellv. Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer für
Ostthüringen, Gera (ab 23.05.2018)

Dr. Siegfried von Hoff

Ehrenpräsident des Landesverbandes für Groß-/Außenhandel
und Dienstleistungen Thüringen e.V., Erfurt (bis 23.05.2018)

Dr. Jana Zimmermann

Vizepräsidentin des Landesverbandes für Groß-/Außenhandel
und Dienstleistungen Thüringen e.V., Erfurt (ab 23.05.2018)

Ordentliche Mitglieder

Hermann Meyer

Landesdirektor der SIGNAL IDUNA Gruppe,
Landesdirektion Berlin

Klaus Georg Schmidbauer

Abteilungsleiter Verbundbank Sparkassen,
Firmenkundengeschäft Thüringen der Landesbank
Hessen-Thüringen, Erfurt

Michael Schneider

Staatssekretär a.D. Vorstandsmitglied der Thüringer
Aufbaubank, Erfurt (bis 31.12.2018)

Arnold Senft

Präsident des Handelsverbandes Thüringen – Der Einzel-
handel e.V., Erfurt

Katrin Siebert

Abteilungsleiterin – Mittelstandsbetreuung der
DZ BANK Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank,
Leipzig

Dirk Stoffregen

Leiter der Niederlassung Erfurt der Commerzbank AG,
Mittelstandsbank, Erfurt

Kerstin Weißflog

Teamleiterin Geschäftskunden Mitteldeutschland 1
der UniCredit Bank AG, Erfurt (bis 23.05.2018)

Dr. Tanja Zschach

Direktorin/Marktgebietsleiterin Firmenkunden Thüringen
der Deutschen Bank AG, Erfurt (ab 23.05.2018)

Stellvertreter

Harald Tischer

Filialdirektor der SIGNAL IDUNA Gruppe,
Filialdirektion Erfurt

Uwe Höppner

Abteilungsleiter Verbundbank Sparkassen,
Firmenkundengeschäft Thüringen der Landesbank
Hessen-Thüringen, Erfurt

Thomas Grimmer

Bereichsleiter Kredit- und Risikomanagement
Thüringer Aufbaubank, Erfurt

Knut Bernsen

Landesgeschäftsführer des Handelsverbandes Thüringen –
Der Einzelhandel e.V., Erfurt (bis 06.09.2018)

Siegmar Richter

Vizepräsident des Handelsverbandes Thüringen –
Der Einzelhandel e.V., Erfurt (ab 01.10.2018)

Stefan Hug

Abteilungsleiter der DZ BANK
AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank,
Leipzig

Dr. Tanja Zschach

Direktorin/Marktgebietsleiterin Firmenkunden Thüringen
der Deutschen Bank AG, Erfurt (bis 23.05.2018)

Frank-André Thies

Firmenkundenbetreuer der Niederlassung Erfurt der
Commerzbank AG, Mittelstandsbank, Erfurt (ab 23.05.2018)

Hubert Nolte

Individualkreditleiter der UniCredit Bank AG, Leipzig
(bis 23.05.2018)

Peter Inzinger

Regionalleiter Individualkredite Region Ost UniCredit Bank AG,
Berlin (ab 23.05.2018)

Mitglieder des Bewilligungsausschusses

01.01.2018 bis 31.12.2018

Mitglieder

Willi Obitz (Vorsitzender)

Mitglied des Vorstandes der Volksbank eG Gera - Jena - Rudolstadt, Rudolstadt

Falk Hundertmark (stellv. Vorsitzender)

Existenzgründung und Unternehmensförderung der IHK Ostthüringen zu Gera, Gera

Karina Bleek

Immobilienfinanzierungsexpertin
Neugeschäft – Business Easy
UniCredit Bank AG, Erfurt

Marco Jacob

Vorsitzender des Vorstandes der Sparkasse Arnstadt-Ilmenau, Ilmenau

Dr. Siegfried von Hoff

Ehrenpräsident des Landesverbandes für Groß-/Außenhandel und Dienstleistungen Thüringen e.V., Erfurt; Holzhandel Alwin Höhne GmbH & Co. KG, Erfurt

Klaus Thomas Mergel

Leiter des Bürgschaftsreferats

Dirk Otto

Referatsleiter Wirtschaftsförderung

Bertram Tittel

Geschäftsbereichsleiter Betriebsberatung der Handwerkskammer Erfurt, Erfurt (bis 31.12.2018)

Susann Ringmann

Ansprechpartnerin für den Bereich Betriebsberatung der Handwerkskammer Erfurt, Erfurt (ab 01.02.2019)

Guido Zacher

Bereich Kundenbetreuung
Thüringer Aufbaubank, Erfurt

1. Stellvertreter

Peter Herbst

Mitglied des Vorstandes der Nordthüringer Volksbank eG, Nordhausen

Dr. Jan Pieter Schulz

Referent Volkswirtschaft der Industrie- und Handelskammer Südthüringen, Suhl

Bernd Krekel

Mitglied der Geschäftsleitung der Commerzbank AG, Jena

Daniel Höhn

Mitglied des Vorstandes der Sparkasse Altenburger Land, Altenburg

Ingo Steinbrecher

Steuerberater
Vizepräsident der Steuerberaterkammer Thüringen, Erfurt

Dr. Daniel Osterburg

stellvertretender Bürgschaftsreferatsleiter

Andreas Beutel

Referent Wirtschaftsförderung

Carsten Bonß

Abteilungsleiter Beratung/ Betriebsberater der Handwerkskammer Südthüringen, Suhl

Jan Güssow

Bereich Kundenbetreuung
Thüringer Aufbaubank, Erfurt

2. Stellvertreter

Martina Kopietz

Mitglied des Vorstandes der vr bank Südthüringen eG, Suhl

Jörn Fröbel

Referent Unternehmenssicherung/ Finanzierung der Industrie- und Handelskammer Erfurt, Erfurt

Dirk Saueremann-Collier

Leiter Baufinanzierung der Deutschen Bank Privat- und Geschäftskunden AG, Erfurt

Sven Hauschild

Mitglied des Vorstandes der Sparkasse Arnstadt-Ilmenau, Ilmenau

Olaf Horn

Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur, Apolda

Bevollmächtigung einer weiteren Person des Thüringer Finanzministeriums (ohne namentliche Benennung)

Referent/Sachbearbeiter des Referates Wirtschaftsförderung (ohne namentliche Benennung)

Frank Hohle

stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer für Ostthüringen, Gera

Thomas Gröger

Bereich Kreditrisikomanagement
Thüringer Aufbaubank, Erfurt

Anlagespiegel

Anschaffungskosten	Stand am 01.01.2018	Zugänge	Abgänge	Stand am 31.12.2018
Angaben in EUR				
Immaterielle Anlagewerte a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	437.139,87	0,00	0,00	437.139,87
Sachanlagen	418.469,24	2.480,34	2.356,24	418.593,34
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere*)	10.672.220,00	0,00	2.595.000,00	8.077.220,00
Beteiligungen	56.629,19	0,00	0,00	56.629,19
Summe Anlagevermögen	11.584.458,30	2.480,34	2.597.356,24	8.989.582,40

Abschreibungen	Stand am 01.01.2018	Abschreibungen	Änderungen der kumul. Abschr. wg. Zu-/Abgängen	Stand am 31.12.2018
Immaterielle Anlagewerte a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	434.198,86	2.605,23	0,00	436.804,09
Sachanlagen	341.803,18	19.807,60	-2.295,83	359.314,95
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere*)	575.720,00	0,00	-95.000,00	480.720,00
Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Anlagevermögen	1.351.722,04	22.412,83	-97.295,83	1.276.839,04

Restbuchwerte	Stand am 31.12.2017	Stand am 31.12.2018
Immaterielle Anlagewerte a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.941,01	335,78
Sachanlagen	76.666,06	59.278,39
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere*)	10.096.500,00	7.596.500,00
Beteiligungen	56.629,19	56.629,19
Summe Anlagevermögen	10.232.736,26	7.712.743,36

*) ohne abgegrenzte Zinsen
Die Beteiligungen sind nicht börsennotiert.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Bürgschaftsbank Thüringen GmbH, Erfurt (im Folgenden „Gesellschaft“) - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018 geprüft. Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- › entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018 und
- › vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 S. 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit §§ 340k, 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Verwaltungsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen han-

delsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen

tigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit §§ 340k, 317 HGB unter Beachtung

der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen. Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- › identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- › gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um

Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.

- › beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- › ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- › beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- › beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- › führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten

Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

AWADO Deutsche Audit GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Neu-Isenburg, 11. April 2019

Dennis Mosdzin
Wirtschaftsprüfer

Holger Rosenhagen
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat wurde im Berichtsjahr regelmäßig von der Geschäftsführung über die Entwicklung und die Lage der Bürgschaftsbank Thüringen GmbH unterrichtet. Im Geschäftsjahr 2018 fanden nachstehende drei Sitzungen des Verwaltungsrates statt:

- › ordentliche Sitzung 23.05.2018
- › konstituierende Sitzung 23.05.2018
- › ordentliche Sitzung 29.11.2018

Des Weiteren hat sich der Vorsitzende des Verwaltungsrates in den Besprechungen am 26.04., 27.08. und 07.11.2018 über die laufende Geschäftsentwicklung informiert. In diesen Gesprächen hat er sich insbesondere auch über die risikorelevanten Themen und die Geschäftsentwicklung im Rahmen eines Soll-/Ist-Vergleiches unterrichten lassen. Im Mittelpunkt der Verwaltungsratsitzung am 23.05.2018 stand der Bericht über die Jahresabschlussprüfung per 31.12.2017. Weiterhin informierte die Geschäftsführung auf der Basis des Risikoberichtes zum 31.03.2018 über den laufenden Geschäftsgang, über den Bericht des Compliance-Beauftragten für den Zeitraum vom 01.04.2017 bis 31.03.2018 und über den Bericht der Innenrevision für das Geschäftsjahr 2017 sowie über die Anpassung der Geschäfts- und Risikostrategie. In der konstituierenden Sitzung des Verwaltungsrates am 23.05.2018 wurden der Vorsitzende des Verwaltungsrates sowie sein Stellvertreter für die am 23.05.2018 beginnende neue dreijährige Amtsperiode gewählt. Des Weiteren wurde das dritte Mitglied (neben dem Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates) für

den Personalausschuss gewählt. Schwerpunkte der Sitzung des Verwaltungsrates am 29.11.2018 waren die Erörterung der Geschäfts- und Risikostrategie (inkl. Anlage- und IT-Strategie) sowie Erläuterungen zum Risikobericht per 30.09.2018. Des Weiteren stellte die Geschäftsführung die Geschäftsplanung für den Zeitraum 2019 bis 2021 vor und informierte gem. § 3 Abs. 1 Satz 2 der Institutsvergütungsverordnung über die Vergütungssystematik der BBT. Der Verwaltungsrat fasste in seiner Sitzung am 29.11.2018 nachstehende Beschlüsse:

- › jährliche Evaluierung der einzelnen Mitglieder des Verwaltungsrates und der Geschäftsführung sowie der jeweiligen Organe in ihrer Gesamtheit gem. § 25d Abs. 11 Satz 4 KWG.

Am 11.10.2018 fand für die Mitglieder des Verwaltungsrates ein Fachseminar zu aktuellen aufsichtsrechtlichen Themen statt. Die Schulung wurde durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft AWADO Deutsche Audit GmbH, Neu-Isenburg durchgeführt. Der Verwaltungsrat hat die Geschäftsführung beraten und nach den gesetzlichen und satzungsmäßigen Bestimmungen überwacht. Über Neuengagements der Gesellschaft wurde durch den Bewilligungsausschuss und die Geschäftsführung entschieden. Die AWADO Deutsche Audit GmbH, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Neu-Isenburg hat den Jahresabschluss 2018 und den dazugehörigen Lagebericht geprüft. Der Jahresabschluss wurde mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

An den Erörterungen des Verwaltungsrates über den Jahresabschluss hat der Wirtschaftsprüfer teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Der Verwaltungsrat hat den Jahresabschluss und den Lagebericht eingehend beraten. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfungen erhebt der Verwaltungsrat keine Einwände und schließt sich dem Ergebnis der Abschlussprüfer an.

Er empfiehlt der Gesellschafterversammlung, den Jahresabschluss per 31.12.2018 festzustellen. Der Verwaltungsrat schließt sich dem Vorschlag der Geschäftsführung zur Verwendung des Jahresüberschusses (Einstellung in die Rücklage gem. § 15 des Gesellschaftsvertrages) an. Der Verwaltungsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung, den Mitgliedern der Geschäftsführung und des Verwaltungsrates für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2018 Entlastung zu erteilen. Der Verwaltungsrat dankt der Geschäftsführung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bürgschaftsbank Thüringen GmbH für die im Geschäftsjahr 2018 geleistete Arbeit.

Erfurt, den 23. Mai 2019

Hans-Georg Dorst
Verwaltungsratsvorsitzender

Impressum

Herausgeber Bürgschaftsbank Thüringen GmbH
Bonifaciusstraße 19 | 99084 Erfurt
Tel. 0361 2135 - 0
Fax 0361 2135 - 100
info@bb-thueringen.de
www.bb-thueringen.de

Redaktion Katrin Eisentraut
eisentraut@bb-thueringen.de
Stand: 01.06.2018

Gestaltung Werbeagentur Monsterpixel
www.monsterpixel.de

Bildnachweis Water drop, digieye (fotolia) - Cover

